

(Alexander Schoch)

Die von der Ökostromumlage weitgehend befreiten Unternehmen in Deutschland blickten angespannt auf die heutige Entscheidung in Brüssel. Der EU-Wettbewerbskommissar hat eben angekündigt, ein Prüfverfahren gegen die Bundesrepublik einzuleiten. Geprüft werden die EEG-Umlage und deren Ausgleichsregelung.

Sehr geehrte Damen und Herren, egal, wie die Entscheidung in diesem Verfahren ausgeht, benötigen wir Rahmenbedingungen, unter denen es nicht lukrativ ist, sich von Ökostromumlagen zu befreien. Denn es darf nicht sein, dass die Allgemeinheit die Kosten der Unternehmen, die besonders viel Strom verbrauchen, übernimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Für 2013 befreite das BAFA rund 2 300 Stromabnahmestellen. Laut einem Artikel in der „Zeit“ sollen 2014 etwa 400 bis 500 Stromabnahmestellen dazukommen. Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, würde das ein Volumen von 5,1 Milliarden € bedeuten, um das die Unternehmen entlastet würden. Da ist es doch kein Wunder, dass sich der EU-Kommissar einem Prüfverfahren zuwendet.

Wir wollen die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes umsetzen und erreichen. Zur Erreichung dieser Ziele gilt es, ein EEG zu schaffen, das den Ausbau der erneuerbaren Energien stärkt.

Außerdem müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die den Netzausbau vernünftig gestalten, die Energie- und Ressourcenefizienz steigern, die die Forschung und Investitionen in Speichertechnologie fördern und die vernünftige Marktmechanismen gewährleisten. Genau das machen wir. Hierzu haben wir, hat die Landesregierung entsprechende Initiativen gestartet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Wir wollen also, dass an den bisherigen Ausbauzielen für die regenerativen Energien und an den Klimaschutzziele festgehalten wird und bis zum Jahr 2020 z. B. ein Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung von 38,6 % erreicht wird.

Ich glaube, unsere grüne Position ist nicht schlecht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schoch, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Ich bin gleich fertig. Ich komme zum Ende. – Wir sind auf dem richtigen Weg. Das zeigt sich auch, wenn man jetzt bei der Bildung der Großen Koalition nach Berlin schaut. Die Große Koalition holt grüne Berater ins Kabinett. Genau einer dieser Berater, Rainer Baake, ist z. B. der Konstrukteur des EEG. Daher bin ich eigentlich zuversichtlich,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

dass auch eine gute neue Energiepolitik stattfinden kann.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Mit diesen Beratern kann das meiner Meinung nach nicht schiefgehen.

Daher, meine Herren von der FDP/DVP: Diesen Wunsch auf Ihrem Wunschzettel können wir leider nicht erfüllen.

Ich wünsche Ihnen allen hier im Plenum eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Das war in diesem Jahr wahrscheinlich meine letzte Rede.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die SPD-Fraktion.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das EEG ist ein großes Thema. Es muss reformiert werden. Da sind wir uns alle einig. Aber die Frage ist natürlich, wie und in welcher Form das passieren soll.

Wenn ich mir konkret die acht Ziffern Ihres Antrags anschau, Herr Kollege Glück, glaube ich nicht, dass es das ist, was wir gut finden. Natürlich gibt es einzelne Punkte wie die Ziffer 1, „dass die Energiewende so kosteneffizient, versorgungssicher und umweltverträglich wie möglich gestaltet wird“ – Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei der FDP/DVP nicht!)

Sollen wir solche Selbstverständlichkeiten hier noch einmal beschließen und die Landesregierung mit etwas beauftragen, wofür sie sich schon seit Jahren – in diesen zweieinhalb Jahren Grün-Rot – ganz massiv und, denke ich, im Wesentlichen erfolgreich einsetzt?

Nach Ziffer 7 – etwas anderes – soll die Landesregierung ersucht werden, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, „dass bereits vorhandenen Anlagen Bestandsschutz garantiert wird“. Das war in Ihrer Koalition, in der CDU/CSU-FDP-Koalition, zuweilen umstritten. Aber hier jetzt einen Beschluss fassen zu wollen, wonach die Landesregierung etwas, wofür sie sich über Jahre hinweg schon eingesetzt hat, noch einmal machen soll, halte ich doch für sehr weit hergeholt.

Ansonsten gibt es in diesen einzelnen Ziffern auch Punkte – aber das haben Sie, Herr Kollege Glück, selbst angesprochen –, mit denen wir überhaupt nicht d'accord gehen. Das Quotenmodell z. B. kann man möglicherweise in Schweden umsetzen, einem Land, das im Wesentlichen Wasserkraft und Bioenergie hat. Bei uns werden es im Wesentlichen Windkraft und Fotovoltaik sein, die für einen Drive bei der Energiewende und eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien im Strombereich sorgen. Das Quotenmodell gehört zu den Punkten, die wir nicht mittragen können.

Zu einigen anderen Ihrer jetzigen Antragsbegehren: Wenn man sich den Koalitionsvertrag einmal genau ansieht, erkennt man, dass das Ganze natürlich nicht im Verhältnis 1 : 1 darin steht. Ich nenne als Beispiel einmal Ihr Begehren hinsichtlich der Direktvermarktung mit dem Stufenplan, nach dem alle Anlagengrößen und Technologien in die Direktvermarktung wechseln müssen. Es ist schon richtig, dass man mehr auf Direkt-

(Johannes Stober)

vermarktung setzen muss. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir kleine Bürgerenergiegenossenschaften oder auch Leute, die nur ihre Fotovoltaikanlage auf dem Dach haben, nicht überfordern. Deswegen ist das pauschalierte Vorgehen, dass alle einbezogen werden müssen, und zwar unabhängig davon, wie die Rahmenbedingungen aussehen, nicht der richtige Weg.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist auf Seite 54 in Ihrem Koalitionsvertrag!)

Genau das Gleiche gilt für Ziffer 6 Ihres Antrags. Wenn man an einer bestimmten Stelle „abregeln“ will – es ist ja richtig, auch eine Obergrenze zu definieren, um dadurch beim Netzausbau zu sparen und in der Summe wirtschaftlicher zu sein –, muss man wie im Koalitionsvertrag vorgehen und sehr klar und deutlich formulieren, dass es da eine Obergrenze gibt; 5 % sind es, sofern ich es richtig im Kopf habe. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass man bei genauer Lektüre des Antrags sieht, dass die Forderungen in den einzelnen Ziffern – einige gehen zwar in die richtige Richtung – nicht 1 : 1 mit den Aussagen im Koalitionsvertrag vereinbar sind.

Wichtig ist, dass wir dieses Thema weiter konsequent angehen müssen. Insofern kann ich Ziffer 8 dieses Antrags nicht verstehen. Darin wird gefordert, dass die Energiewende entschleunigt werden solle. Mir geht es immer um eine Beschleunigung, zumal stets kritisiert wird, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und des Netzes nicht synchron erfolge. Uns ging es nie darum, die erneuerbaren Energien zu entschleunigen, sondern darum, den Netzausbau zu beschleunigen, um auf diese Art und Weise eine Synchronisierung zu erzielen. Insofern zeigt die Formulierung in Ziffer 8 noch einmal sehr deutlich, dass es Ihnen eigentlich um eine Verlangsamung geht.

Den Rahmen, den die Große Koalition festgelegt hat, habe ich mir, ehrlich gesagt, offensiver gewünscht; denn er bleibt hinter dem zurück, was wir schon haben. Dies gilt insbesondere für die Klimaschutzziele, die wir bis zum Jahr 2050 erreichen wollen. Dabei ist es wichtig, dass wir einzelne Schritte definieren, die konsequent gegangen werden. Es ist nicht das Entscheidende, ob man die gesetzten Ziele ein Jahr später als geplant oder sogar noch später erreicht. Vielmehr geht es darum, dass die Richtung bei der Energiewende stimmt und dass wir die Energiewende weiter vorantreiben.

Es ist klar, dass nachgesteuert werden muss. Der Koalitionsvertrag nennt hier insbesondere die Windenergie. Hinsichtlich der Grundförderung herrscht durchaus Konsens, dass im Augenblick eine leichte Überförderung zu verzeichnen ist. Deswegen soll der Grundtarif gesenkt werden; auch darüber herrscht Konsens.

Gleichzeitig soll jedoch nach einem Referenzertragsmodell verfahren werden. Das heißt, dass man die Grundvergütung senkt, dann aber die Anfangsvergütung in Relation zu den tatsächlich erreichten Erträgen länger fortführt. Ein ursprüngliches Ziel, das die baden-württembergische Landesregierung vertreten hat, war ein Wert von 60 % des Referenzertrags. Heute liegt dieser bei 82,5 %, und im Koalitionsvertrag ist jetzt von 75 bis 80 % die Rede. Das ist nicht der Wert, den ich erreicht sehen will, aber die Absenkung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich glaube, über das EEG und insbesondere das Thema „Windenergie im EEG“ kann man dann sehr

fundiert diskutieren, wenn der Gesetzentwurf vorliegt. Davon bin ich gerade vor dem Hintergrund dessen überzeugt, welche Staatssekretäre neu ins Bundesministerium für Wirtschaft und Energie berufen worden sind.

Der Kollege Schoch hat es schon angesprochen: Der Kollege Baake ist sozusagen als Gründer und Initiator des EEG genannt worden. Für uns ist das natürlich Herr Hermann Scheer; das ist gar keine Frage, und das wollen wir auch nicht in Zweifel ziehen. Aber der Kollege Baake hat sich bei der Energiewende und dem, was zu rot-grünen Zeiten im Bund passierte, natürlich große Verdienste erworben.

(Glocke des Präsidenten)

Daher bin ich davon überzeugt, dass es von dieser Seite einen guten Wurf für die Novellierung des EEG geben wird.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn man dann noch im Bundesrat weiter nachsteuern müsste, sollte man es tun. Ich bin optimistisch, dass es direkt gut wird; denn ich glaube, dass wir hier auf einem gemeinsamen Weg sind.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich höre hinter mir die Glocke klingeln. Ich glaube, andere Redner durften mehr überziehen, aber ich nehme zur Kenntnis, dass ein neuer Präsident hinter mir sitzt. Das bedeutet auch neue Regeln und neue Redezeiten bzw. weniger Überziehungen. Ich nehme das zur Kenntnis

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und beende damit meine Rede.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, ich möchte nur sagen, dass jeder Redner gleich viel Redezeit bekommt und wir versuchen, mit Überziehungen gleich umzugehen.

Und noch ein Tipp: Hätten Sie weniger über die Überziehungen und mehr zur Sache geredet, dann hätten Sie noch eine Menge sachlicher Argumente vorbringen können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Manfred Groh CDU: Guter Satz!)

Das Wort hat Herr Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! So kurz vor Weihnachten über eines meiner Lieblingsthemen sprechen zu dürfen, Herr Kollege Glück, ist für mich schon so etwas wie ein Weihnachtsgeschenk.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch ein Geschenk! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/
DVP: So sind wir halt zu Ihnen!)

Herr Glück, lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede aber eines sagen: Jetzt sind Sie – bzw. die FDP – zwei Tage nicht